

**Sperrfrist bis Freitag,
1. September 2006, 10.15 Uhr**



Tag der Wirtschaft
Freitag, 1. September 2006

Es gilt das gesprochene Wort

Unternehmen und Wirtschaftsverbände gefordert

Präsidentiansprache von Ueli Forster anlässlich der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 1. September 2006

Sehr geehrte Damen und Herren

Es ist das letzte Mal, dass ich Rechenschaft über Ihren Verband ablege, auch wenn ich umstände halber noch etwas länger in meinem Amt verweilen werde. Auch ohne „Nachsitzen“, wie die Medien meine Zugabe zum Teil nannten, darf ich heute nüchtern und mit Freude feststellen: economiesuisse ist in seinen Kernkompetenzen noch nie so gut dagestanden wie heute. Weil wir aber – anders als ein Unternehmen – nicht nur an Zahlen gemessen werden, mag dieses Statement – auch mit Blick auf die verbandsinternen Spannungen – nach billigem Eigenlob tönen. Wer mich kennt, weiss indessen, dass mir das nicht nur fremd ist, sondern dass ich kritisch und auch selbstkritisch bin und die Augen vor den Realitäten nicht verschliesse. Was sind die Fakten?

1. Wir verfügen über Persönlichkeiten in unseren Organen, die erfolgreich bedeutenden Unternehmen unserer Wirtschaft vorstehen. Sie leisten nicht nur dort einen grossen Beitrag zu Wohlstand und Wachstum. Sie setzen sich darüber hinaus aus Überzeugung für economiesuisse ein, im Interesse unseres Standorts – und das zum Teil mit erheblichem Aufwand.
2. Die zahlreichen Kommissionen für die verschiedenen Politikbereiche sind mit erfahrenen Spezialisten besetzt, die den Praxisbezug garantieren und ein hervorragendes Netzwerk von Experten darstellen. Das macht unsere Arbeit fundiert und glaubwürdig.
3. Die Geschäftsleitung ist erfahren, hat hervorragende Dossierverantwortliche und arbeitet seriös, effizient und effektiv.
4. Parlamentarierinnen und Parlamentarier aller Lager schätzen unsere Analysen und unsere Fähigkeit, aktuelle politische Fragen einfach und mit Praxisbezug darzustellen.
5. Unsere Hintergrundinformationen und Zusammenfassungen dienen unseren angeschlossenen Mitgliederverbänden, den Einzelmitgliedern und via Medien auch einer weiteren Öffentlichkeit.
6. Einzelne Bundesräte und Bundesämter sowie die Konferenzen der Fachbereiche der Kantone halten mit uns gerne Kontakt und schätzen im Allgemeinen unseren Input. Wir begegnen uns mit gegenseitigem Respekt.
7. Es ist uns gelungen, auf einzelnen Gebieten wie etwa der Finanz- und Steuerpolitik, der Aussenwirtschaftspolitik, der Bildungs- und Forschungspolitik sowie in weiteren Bereichen der Wirtschaftspolitik nicht nur die Themenführerschaft zu übernehmen, sondern unsere Positionen auch

im politischen Prozess auf weite Strecken durchzusetzen. Auf anderen Gebieten sind wir auf gutem Weg dazu.

8. Unsere Kampagnentätigkeit wird von der Wirtschaft, den bürgerlichen Parteien, vom Bundesrat, ja in Einzelfällen auch von der Linken nicht nur geschätzt, sondern ist in fast allen Gebieten, vor allem im Aussenwirtschaftsbereich, äusserst erfolgreich. Es hat sich hier Know-how herangebildet, um das wir weit herum beneidet werden.
9. Und schliesslich: Die Zusammenführung von Vorort und wf hat sich bewährt, nicht nur weil sie kostenmässig günstiger ist, sondern auch effizienter, indem die für die jeweilige Wirtschaftspolitik verantwortlichen Dossierinhaber gleich auch in die Öffentlichkeitsarbeit eingebunden sind.

Zudem ist economiesuisse heute – allen anderen, kaum je fundierten Meinungen zum Trotz – ein schlanker und effizienter Verein, der keinen Vergleich zu scheuen braucht, bedenkt man die Aufgabenvielfalt, die Notwendigkeit allgegenwärtiger Präsenz bei fast allen wirtschaftspolitischen Themen und die Kampagnenaktivitäten. In vergleichbaren Ländern leisten sich die Spitzenverbände der Wirtschaft wesentlich höhere Ausgaben. In Dänemark, Finnland und Österreich betragen sie zwischen dem Zwei- und Siebenfachen von economiesuisse. Dabei haben wir in unserer direkten Demokratie noch eine Kampagnenorganisation zu unterhalten, welche unsere Schwesterorganisationen nicht kennen.

All das, und manches andere mehr, meine Damen und Herren, sind Fakten, die auch in der letzten turbulenten Zeit meist anerkannt wurden. Vor allem aber wurde aus Ihrem Kreis nie bestritten, dass economiesuisse seinen Grundauftrag, die Rahmenbedingungen im Interesse der Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Wirtschaft im globalen Umfeld nachhaltig zu stärken, voll erfüllt.

Dennoch besteht offensichtlich ein Unbehagen, vorab bei einigen unserer Mitglieder: Es ertönt der Ruf nach Reformen. Und das gilt es zu analysieren.

Meine Damen und Herren

Die Reformanforderungen sind bekanntlich nicht nur mit Blick auf die einzelnen Wirtschaftssubjekte, sondern auch in Bezug auf die Politik und den Staat gestiegen. Und in der Konsequenz damit auch gegenüber den Interessenvertretungen der Wirtschaft, also den Verbänden. Und darüber möchte ich nun zu Ihnen sprechen.

Nach klassischer Idealvorstellung wünschen sich Wirtschaft und Politik eine Wirtschaft, die „mit einer Stimme spricht“. Das macht es für Politikerinnen und Politiker einfacher, selbst Position zu beziehen, im Sinne dieser einen Stimme – oder gegen sie. Und es stärkt die Wirtschaft selbst als politische Kraft.

Je rascher sich aber die Welt verändert, desto differenzierter werden die individuellen Ansprüche von Firmen und Branchen. Ordnungspolitik kann deshalb heute aus der Sicht vieler nicht mehr ausschliesslich mit der berühmten Dreifragenprobe beantwortet werden, die da lautet: „Ist (erstens) eine staatliche Massnahme systemkonform, ist sie (zweitens) zielkonform und ist sie (drittens) auch verhältnismässig?“ Diese Fragen sind natürlich immer noch wichtig, doch werden sie oft überlagert von einer anderen, global relevanteren: „Sind unsere Spiesse gleich lang, oder besser? Sollten sie nicht etwas länger sein als diejenigen der internationalen Konkurrenz?“

Deshalb steht in der Europapolitik nicht mehr – oder zumindest nicht mehr nur – die Eurokompatibilität im Vordergrund, sondern die Eurokompetitivität. Dies in der Meinung, dass der Wirtschaftsstandort Schweiz bessere Rahmenbedingungen als die EU braucht. Deshalb unterstützen wir auch eine Aussenwirtschaftspolitik, die zwar auf den multilateralen Ansatz als oberste Maxime setzt, aber – seit dem

Scheitern der Doha-Runde erst recht – mit bilateralen Freihandels- und anderen Abkommen ergänzt werden muss, um unsere Position im Verhältnis zu den grossen Handelsblöcken zu optimieren.

Um aus dem multilateralen Liberalisierungsdefizit herauszukommen, müssen wir nun weltweit stärker auf die bilaterale Karte setzen und uns im Hinblick auf mögliche Zielländer für Freihandelsabkommen (FHA) vorbereiten. Das beinhaltet vor allem auch eine Landwirtschaftspolitik, die nicht immer und überall ein Hindernis für den Abschluss neuer Abkommen darstellt. Deshalb ist sowohl die AP 2011 als auch das Projekt eines FHA im Landwirtschaftsbereich mit der EU dringlich, um weiterzukommen. Sonst wird uns die EU in der „Spaghetti-Bowl-Politik“ überholen und wir werden handelspolitisch ins Offside gedrängt.

Ohne Zweifel ist Ihnen sicher aufgefallen, dass wir in den letzten Jahren in der Landwirtschaftspolitik kompromissloser geworden sind. Die Bauern, die jahrzehntelang unsere Alliierten waren, verstehen uns aber falsch, wenn sie meinen, wir würden uns aus Eigennutz gegen sie wenden. Die Förderung des Wohlstands läuft in der Schweiz bekanntlich in erster Linie über den Export. Und davon haben letztlich auch unsere Bauern etwas. Kurz: Ohne entsprechende Reformen in der Landwirtschaft wird es unseren Unterhändlern kaum möglich sein, für die übrige Wirtschaft relative Vorteile bilateral auszuhandeln. Wir wollen natürlich auch, dass die Spiesse der Bauern verlängert werden. Ohne weitere Marktöffnungen im Landwirtschaftsbereich geht das aber nicht.

Was unsere Beziehungen mit der EU betrifft, stehen wir mit der Volksabstimmung vom 26. November über das Osthilfegesetz vor einer weiteren wichtigen Entscheidung. Es geht um die Fortführung eines Instruments, das wir bereits bisher kannten und das sich bewährt hat. Das neue Gesetz, das die Rechtsgrundlage für die Unterstützung der neuen EU- und der GUS-Staaten in ihrem Transitionsprozess bildet, ist auf zehn Jahre begrenzt. Der Steuerzahler wird dabei nicht zusätzlich belastet. Und was wichtig ist: Ein Ja stärkt unsere Wirtschaftsbeziehungen mit diesen Ländern und gibt unseren Unternehmen zusätzliche Möglichkeiten auf den aufstrebenden Märkten des Ostens. Schliesslich fördern wir mit einem Ja die guten Beziehungen mit der EU.

Zum Stichwort der längeren Spiesse gehört auch die nicht nur von der EU, sondern auch im Innern immer wieder kritisierte autonome Fiskalpolitik der Kantone. Für unser Land und unsere Kantone stellt sie im Grundsatz einen nicht verhandelbaren Bestandteil der Souveränität dar. Wirtschaftspolitik ist in der globalen Wirtschaft vor allem Standortpolitik. Und hier spielt eine tiefe Steuerbelastung sowie ein funktionierendes – und dank dem Neuen Finanzausgleich faires und gesundes – Steuerwettbewerbssystem eine wesentliche Rolle. Wir haben deshalb im sich abspielenden internationalen harten Wettbewerbskampf bei den Klassenbesten mitzuhalten, und das nicht nur bei den Kantonen, sondern auch auf Bundesebene. Dafür haben wir gute Karten. Und die Erfolge, die unser Lobbying auf dem Gebiet der indirekten Teilliquidation und hoffentlich auch bald bei der Teilbesteuerung der Dividenden – nicht zuletzt im Interesse der KMU – vorzuweisen hat, machen uns ebenso stolz wie die führende Rolle, die wir in der Finanzpolitik mit unserem Ausgabenkonzept und dem laufenden Monitoring in den letzten Jahren gespielt haben.

Ich hoffe nur, dass in den kommenden politischen Ausmarchungen alle politischen „Players“ den Zusammenhang zwischen der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und den entscheidenden Standortfaktoren, welche die Politik bestimmt, verstehen. Wohlverstanden, innen- und europapolitische Rücksichtnahmen sind wichtig, aber Rücksichtnahme darf nicht die einzige Richtschnur sein, weil dies letztlich unsere Spiesse verkürzen würde.

Dasselbe trifft auch für ein drittes Kerngebiet unserer Aktivitäten – die Bildungs- und Forschungspolitik – zu. Ich bin der festen Überzeugung, dass die wirtschaftliche und technologische Innovationsfähigkeit unseres Landes in den letzten Jahren erstaunliche Fortschritte gemacht hat. Das hängt vor allem damit

zusammen, dass unser Land immer mehr zu einem Netzwerk von Hochschulen und Unternehmen unterschiedlicher Grösse mit globalem Verknüpfungsfeld zusammenwächst. Es ist eine Binsenwahrheit, dass wir immer dann das grösste Wachstum hatten, wenn wir eigene Ideen mit denjenigen kombinierten, die wir im Weltmarkt sahen. Kurz: Der längste Spiess, den die Schweiz hat, ist die enorme internationale Verflechtung, kombiniert mit einem Bildungs-, Forschungs- und Innovationssystem im Inland, das im internationalen Vergleich weit vorne ist.

Die Schweiz steht mit Blick auf die für den Herbst erwartete Botschaft über Bildung, Forschung und Innovation 2008–2011 vor wichtigen Weichenstellungen. Grundsätzlich ist es erfreulich, dass der Bundesrat diese Bereiche im Rahmen einer längerfristigen, stabilen Finanzplanung als prioritär bezeichnet hat und gewillt ist, diese überproportional mit Mitteln zu dotieren. Leider ist nun zwischen Bundesrat, Kantonen und Parteien ein unschöner Verteilungsstreit ausgebrochen. Nach der Annahme der neuen Bildungsverfassung im letzten Mai hätte man eigentlich erwartet, dass sich Bund und Kantone nicht schon bei der ersten Bewährungsprobe in den Haaren liegen. Dabei macht es meines Erachtens überhaupt keinen Sinn, isoliert über prozentuale Wachstumsraten für die BFI-Botschaft zu streiten. Entscheidend sind letztlich die Inhalte, Strukturen und Mechanismen des Bildungs- und Forschungssystems. Und diese sind zurzeit noch nicht einmal überall definiert. Die Finanzen sind das eine, die Qualität des Bildungs- und Forschungssystems ist das andere. Beide Elemente müssen im Interesse eines starken Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsplatzes zusammenpassen. Eine überzeugende BFI-Botschaft darf nicht an den Finanzen scheitern.

Auch in Zukunft darf die Schweiz keine ordnungspolitischen Fehler machen. Wir dürfen unseren stabilen monetären Rahmen nicht selbst mutwillig verschlechtern. Ein wichtiger Aspekt ist eine unabhängige Geldpolitik. Eben diese Unabhängigkeit ist auch ein längerer Spiess, den die Schweiz im Verhältnis zu anderen Ländern hat. Geldwertstabilität und tiefe Zinsen sind für die Unternehmen der direkte Ertrag einer funktionsfähigen und unabhängigen Nationalbank. Ende September wird über die sogenannte KOSA-Initiative abgestimmt. Sie will künftige Nationalbankgewinne von mehr als einer Milliarde Franken direkt zur AHV transferieren. Das ist ein grosser Fehler. Die Geldpolitik muss ohne Ertragsdruck und ohne Seitenblicke auf sozialpolitische Begehrlichkeiten betrieben werden können. Das Nein von economiesuisse zur KOSA-Initiative ist beileibe nicht ein Nein zur AHV, sondern vielmehr ein Bekenntnis zur langfristigen Sicherung unserer Prosperität und damit zur nachhaltigen Finanzierung der AHV.

Meine Damen und Herren

Weil im globalen Wettbewerb jede unserem Verband angeschlossene Branche andere Güterabwägungen vornimmt, ist auch das Dissenspotenzial innerhalb der Wirtschaft gestiegen. Einige Beispiele: Die Pharmabranche ist seit jeher vor allem an der Förderung der Grundlagenforschung interessiert. Im Maschinenbau wird diese zwar nicht etwa als unbedeutend angesehen, aber man würde doch viel lieber eine Gewichtsverlagerung in Richtung KTI sehen, weil das im Konkurrenzkampf rascher etwas bringt. Wir können aber nicht eine branchenorientierte Forschungspolitik betreiben, sondern nur eine, welche die ganze Volkswirtschaft stützt. Ähnliches liesse sich über das Thema der Parallelimporte sagen, deren Protagonisten das Dossier wohl kaum je genau studiert haben, sich aber davon Wunder versprechen.

Und weil die uns angeschlossenen Branchenverbände – wie *economiesuisse* auch – sich im Wettbewerb der Verbandssysteme bewähren müssen, um ihre Mitgliederbasis bei der Stange zu halten, fühlen sie sich genötigt, das zu machen, was ihr eigenes Profil stärkt. Ihr Dachverband begrüsst das grundsätzlich, soweit es um die eigentlichen Brancheninteressen geht. Womit indessen viele unter uns in jüngster Zeit Mühe haben, der Sprechende eingeschlossen, ist der Umstand, dass die an sich willkommene Profilierung unter Bemühen vermeintlichen oder effektiven Dissenses via die Medien zelebriert wird. Wäre es nicht besser, die Probleme – wie es jahrzehntelang der Fall war – im Gespräch ausdiskutieren? Dass gewisse Branchen den dadurch entstandenen Vertrauensverlust in die Wirtschaft in Kauf nehmen, kann ich mir – neben all dem Menschlichen, das in solchen Fällen immer eine Rolle spielt – nur als eine unerwünschte Folge des sonst so positiven Aufschwungs unserer Wirtschaft vorstellen. Aber kein Aufschwung dauert ewig: Die Erfahrung zeigt, dass Unternehmer wie Verbände in der Kälte die Nähe des wärmenden Ofens durch Zusammenrücken genauso suchen wie alle Menschen ihren Platz an der Sonne. – Für die Medien schliesslich ist das Zerstören der vermeintlichen Fiktion einer Wirtschaft, die mit einer Stimme spricht, auch spannender als jene langweilige Einigkeit.

Erschwert wird die Situation, weil *economiesuisse* als Verband der Verbände ja nicht ohne weiteres direkt an die Basis unserer über 30 000 vornehmlich exportorientierten Unternehmen gelangen kann. Wir sind somit dem „Filter“ der Verbandsfürsten – insbesondere der Branchenverbände – ausgeliefert und haben kaum Einfluss darauf, welche unserer Positionen in den Branchen weitergegeben, positiv oder negativ kommentiert oder negiert werden. Um den uns oft angedichteten Nimbus der Überheblichkeit abzustreifen, verfolgen wir deshalb in aller Regel die Strategie, unsere Positionen zuerst mit den Mitgliedern abzustimmen. Dort wo kein Konsens besteht versuchen wir, Konflikte zu beseitigen oder aber Kompromisse zu schliessen. Dass selbst bei Einigkeit innerhalb der Gremien von *economiesuisse* diese Position später von einzelnen Mitgliedern in ihren Branchenvorständen wieder in Zweifel gezogen wird, gehört zu den unschönen Zeiterscheinungen. Man ist sich solches auch in der Politik gewohnt.

Wenn ich von der wichtigen, aber komplexer gewordenen Reformfähigkeit der Wirtschaft und ihrer Verbände spreche, so kann ich gesellschaftliche Aspekte nicht ausschliessen. Als Unternehmer weiss ich, dass meine Firma dann erfolgreich operiert, wenn sie im Einklang ist mit vorherrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen und gesellschaftlicher Akzeptanz. Es geht also um das, was jenseits von Angebot und Nachfrage liegt. Deshalb haben wir – weniger als Folge der bekannten Skandale in der Wirtschaft als dem Ruf nach mehr Transparenz folgend – als eines der ersten Länder Prinzipien zur Corporate Governance aufgestellt und in einer erstaunlichen Erfolgsstory in weitgehender Selbstregulierung auch implementiert. Der Prozess muss und wird nun in neuen und heiklen Gebieten weitergehen. Unsere bewährte Gruppe für Governance-Fragen arbeitet seit einiger Zeit an einer Weiterentwicklung. Dabei werden unter anderem auch die Prozesse zur Fixierung von Managerentschädigungen einbezogen werden, wo aus meiner Sicht der Zeitfaktor immer mehr drückt. Ich verstehe das

Dilemma, in dem sich international operierende Grosskonzerne befinden. Wer seinen Hauptsitz in der Schweiz hat, sollte die gesellschaftliche Akzeptanz in diesem Land zum Massstab nehmen. Dieses heikle Feld der Politik zu überlassen, wird zu unkontrollierbaren Resultaten führen. Dies ist verbunden mit der Gefahr volkswirtschaftlicher Schäden, denn Politiker werden sich in dieser Frage nach der Stimmung der Wähler und nicht nach der internationalen Konkurrenzfähigkeit richten. Also nutzen wir die kurze uns noch zur Verfügung stehende Zeit mit weiser Selbstregulierung.

Wer in der Wirtschaft an führender Stelle steht, wer sich also zur Elite zählt, ist eben nicht nur durch Markt und Gesetz, sondern vor allem auch durch ethische Grundsätze und durch das öffentliche Interesse im weitesten Sinne gebunden. Ich wünsche mir deshalb eine wirtschaftliche Elite, die nicht nur in Freiheit für sich arbeitet, sondern dabei auch das Empfinden der Gemeinschaft respektiert. Denn wer Autorität in Anspruch nimmt, nimmt auch Verantwortung für die Gesellschaft auf sich.

Meine Damen und Herren

Wie also wird sich *economiesuisse* im heutigen Umfeld reformieren? Mit der Planung von Reformen beschäftige ich mich schon seit längerer Zeit, diese umzusetzen ist voraussichtlich Sache meines Nachfolgers, unserer Gremien und von Ihnen allen, verehrte Mitglieder. Konturen sind bereits vorhanden und diskutiert. Sie werden zurzeit systematisiert und hierauf im verbandsdemokratischen System verfeinert. Einige der vorliegenden Ideen möchte ich Ihnen nicht vorenthalten:

1. Auch nach meinem Ausscheiden sind KMU-Vertreter in Vorstand und Vorstandsausschuss willkommen und nötig. Wenn möglich, sollen diese aus neuen Wirtschaftszweigen oder aus dem sekundären Sektor kommen.
2. Es gibt aus wirtschaftspolitischer Sicht zwar keinen Gegensatz zwischen Werk- und Finanzplatz – ich jedenfalls fand die Vertreter der Finanzindustrie in ihrer Stossrichtung immer sehr werkplatzfreundlich. Gleichwohl wird die Zusammensetzung der Gremien unter diesem Gesichtspunkt ein Thema sein.
3. Es ist zu begrüßen, wenn unsere Mitglieder sich vermehrt selbst profilieren und ihre Meinung in der Öffentlichkeit aktiv vertreten. Das schadet nichts, denn erstens sind die sogenannten Querschnittsinteressen mit gleicher Stossrichtung weit in der Überzahl, und zweitens ist es nicht nur ein Gebot der Transparenz, sondern erleichtert auch die politische Meinungsbildung, wenn die Politik und Öffentlichkeit die Absender bestimmter Positionen kennen.
4. In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, wie die Arbeit der Geschäftsstelle stärker auf eigentliche Kerndossiers fokussiert werden kann.
5. Die Vorfälle der letzten Zeit haben deutlich gemacht, dass in der Kommunikation zu unseren Mitgliedern Defizite bestehen. Da wie erwähnt ein Verband der Verbände es schwer hat, an die Basis zu gelangen – was letztlich auch ein Teil des *Swissmem*-Problems ist – sind Mittel und Wege zu suchen, in der Öffentlichkeitsarbeit näher an die Mitglieder der Mitglieder zu kommen.
6. Offen ist, ob *economiesuisse* wie in der Vergangenheit weiter danach trachten soll, die Mitgliederbasis so breit wie möglich zu halten. Entsprechend dem Strukturwandel wird sich hier viel ändern. Alternativ kann ich mir vorstellen, dass man die Mitgliederbasis homogener gestaltet und nur aufnimmt, wer zu uns passt. Auch komplementäre Mitgliedschaften einzelner Unternehmen zur Verbandsmitgliedschaft oder von Unternehmen, die in keinen Verbänden sind, sind eine wichtige Option.
7. Die Kampagnentätigkeit als Kernkompetenz steht nicht zur Diskussion. Indessen ist noch sorgfältiger abzuwägen, wo sich der Einsatz von Mitteln lohnt. Wichtiger ist vor allem die voraus-eilende Einflussnahme im politischen Prozess, nicht nur im Bund und gegenüber den Parteien, sondern je länger desto mehr auch gegenüber Kantonsregierungen. Je früher und je effektiver wir uns einbringen, umso mehr können wir uns teure Kampagnen ersparen.

Meine Damen und Herren

Jede Reform von economiesuisse ist nur soweit sinnvoll, als sie hilft, die Anstrengungen für die besten Standortqualitäten – über die Brancheninteressen hinaus – zu unterstützen. Das ist der Massstab aller Dinge. Denn Wachstum und Wohlstand hängen davon ab. Ich hoffe, dass diese Tatsache auch diejenigen überzeugt, die glauben, mit eigener Profilierung für unser Land generell die längeren Spiesse zu erkämpfen.

In den erwähnten Prozess der Strategiefindung wird auch Swissmem eingebunden, denn es besteht trotz Kündigung Einigkeit darüber, dass es economiesuisse als Klammer in der Verbandslandschaft braucht. Deshalb haben wir Ihnen die MEM-Vertreter erneut zur Wiederwahl in den Vorstand vorgeschlagen, und ich möchte Sie einladen, diesem Antrag zu folgen. Falls die neuen Strukturen nicht bis zum Jahresende bereinigt sein sollten, streben beide Seiten eine möglichst kurzzeitige Übergangslösung an, bis wieder eine vollwertige Mitgliedschaft besteht.

Meine Damen und Herren

economiesuisse ist und war – trotz aller entsprechenden Schlagzeilen – nie in einer Krise. Es ist wohl gerade ihre Stärke und Schlagkraft, welche sie zum interessanten Objekt für einzelne unserer Mitglieder machte, was Medien dankbar aufnahmen. Dass sie dies taten, ist im Grunde genommen ein Kompliment an uns und unsere Stärke.

Abschliessend möchte ich für die Unterstützung danken, die ich während der letzten fünf Jahre bei Ihnen, beim Vorstandsausschuss und beim Vorstand sowie den Kommissionen genoss. Gerade in den letzten schwierigen Wochen habe ich auch viel Sympathie und Goodwill gespürt, die mich immer wieder „aufgestellt“ haben. Danken möchte ich aber ganz besonders Ruedi Ramsauer, seiner Freundschaft und seiner Bereitschaft, zu allen unmöglichen Zeiten, vorab an Wochenenden, für mich da zu sein. Dasselbe gilt für sein ausgezeichnetes Team.

Die Tätigkeit als economiesuisse-Präsident ist faszinierend, vor allem aber äusserst vielseitig. Von daher wird es überhaupt nicht schwierig sein, hervorragende Kandidaten für die Nachfolge zu finden. Die Aufgabe ist indessen auch zeitintensiv, je nach Stil eines Präsidenten. Aufwendiger ist sie dann, wenn der Präsident selbst ins Geschehen eingreifen möchte und Freude daran hat, aktiv nach politischen Positionen und Kompromissen zu suchen. Wie bei allen, die in der Schusslinie stehen, ist die Aufgabe aber oft nervenaufreibend und sicher nicht immer nur lustvoll.

Die vielen Kontakte mit Regierungsvertretern im In- und Ausland möchte ich indessen ebenso wenig missen wie diejenigen mit Ihnen allen. Ich möchte deshalb alle Unternehmer ermuntern, solche oder andere Ämter zu suchen. Sie werden viel geben müssen, aber auch viel zurückerhalten.